



EUROPA

**Regionalkomitee für Europa
Sechzigste Tagung**

Moskau, 13.–16. September 2010

Punkt 6 g) der vorläufigen Tagesordnung

EUR/RC60/12 Add.1
(+EUR/RC60/Conf.Doc./6)
9. September 2010
102444
ORIGINAL: ENGLISCH

**Partnerschaften für Gesundheit in der Europäischen Region
der WHO**

Anhang 2 zu Dokument EUR/RC60/12 mit dem Titel „Europäische Kommission und WHO-Regionalbüro für Europa: Eine gemeinsame Sicht für gemeinsames Handeln“ wurde vom WHO-Sekretariat und der Europäischen Kommission gemeinsam erstellt. Beide Organisationen haben im Rahmen ihrer eigenen Verfahren und Anforderungen interne Konsultationen durchgeführt, die inzwischen abgeschlossen sind.

Das beigefügte Dokument mit dem Titel „Europäische Kommission und WHO-Regionalbüro für Europa: Gemeinsame Erklärung“ stellt die endgültige Fassung von Anhang 2 dar. Auf der 60. Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa werden Exemplare der Erklärung zwischen dem EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik und der WHO-Regionaldirektorin für Europa ausgetauscht.

Anhang 2: Europäische Kommission und WHO-Regionalbüro für Europa Gemeinsame Erklärung

Einführung

Die Entwicklungen in den vergangenen Jahren haben die Bedeutung einer internationalen Zusammenarbeit für die öffentliche Gesundheit verdeutlicht. Die Globalisierung hat nicht nur eine Zunahme im Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Informationen bewirkt, sondern auch zu einer Zunahme der damit verbundenen Gesundheitsrisiken und ungesunden Lebensgewohnheiten geführt. All dies hat uns – zusammen mit den Folgen der wirtschaftlichen Rezession – die Notwendigkeit internationalen Handelns vor Augen geführt. Die Europäische Kommission und das regionale Organ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind starke Akteure im Bereich der globalen Gesundheitspolitik. Deshalb kann die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Organisationen in erheblichem Maße zu einer wirksameren und effizienteren Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung für Millionen von Menschen beitragen. Der Zweck dieser Erklärung besteht darin, den Rahmen für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem WHO-Regionalbüro für Europa (Regionalbüro) im Hinblick auf ein effizienteres und effektiveres Zusammenwirken auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit abzustecken.

Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und der WHO wird durch einen Briefwechsel vom 14. Dezember 2001 geregelt. Dieser Briefwechsel stärkte den bestehenden Rahmen und die Einrichtungen für die Zusammenarbeit zwischen der WHO und der Europäischen Kommission und umriss die Ziele, Prioritäten und Kooperationsbereiche sowie die Verfahren, Maßnahmen und praktischen Vorkehrungen für ihre Umsetzung. Seitdem haben die WHO und die Europäische Kommission mit wechselndem Erfolg operative Arbeitsvereinbarungen zwischen ihren Büros auf globaler, regionaler und nationaler Ebene geschlossen.

Auch auf der Ebene der Europäischen Region können das WHO-Regionalbüro für Europa und die Europäische Kommission auf eine langjährige, enge Zusammenarbeit zurückblicken, die allerdings bisher nicht über formelle Strukturen verfügt, so dass über die operativen Modalitäten der Zusammenarbeit bisher in regelmäßig stattfindenden Treffen hoher Beamter entschieden wurde.

Zu Beginn der Amtszeit der neuen Kommission und der neuen Regionaldirektorin beim WHO-Regionalbüro für Europa bietet sich nun eine günstige Gelegenheit, die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen in eine neue Phase zu überführen, in der unsere bisherige Zusammenarbeit neue Impulse erhält.

Der Zeitpunkt ist auch vor dem Hintergrund des vor kurzem in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon gut gewählt. Wir sind zuversichtlich, dass eine gestärkte Europäische Union, die nun ausdrücklich über eine eigene Rechtspersönlichkeit und eine gestärkte Vertretung nach außen verfügt, zu einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen unseren Organisationen beitragen wird.

Wir haben in zahlreichen Ländern in einem breiten Spektrum von Politikbereichen bei einer Vielzahl von Sachthemen zusammengearbeitet. Doch aus den Herausforderungen für die Europäische Region ergibt sich die eindeutige Notwendigkeit, unsere Aktionen zu intensivieren und Komplementarität und Synergieeffekte weiterzuentwickeln, damit unser Handeln allen Menschen in der Europäischen Region zugute kommt. So müssen wir uns gemeinsam konkret darum

bemühen, zu einer schnellstmöglichen Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Daten und Informationen beizutragen und so Bewertungen und Vergleiche zu ermöglichen, die für politische Entscheidungsprozesse herangezogen werden können. Ferner müssen wir es anstreben, bei Bedarf Beratung und fachliche Hilfe anzubieten und Kapazitäten aufzubauen und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten der WHO in der Europäischen Region zu unterstützen, zu ergänzen und zu koordinieren, und gleichzeitig zum Bau von Brücken von der lokalen und nationalen zur europäischen und globalen Ebene beitragen.

Dazu werden wir im Rahmen unserer jeweiligen Kompetenzen unseren Grundsatzdialog, unsere fachliche Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen und unsere gemeinsame Arbeit auf Länderebene fortsetzen und weiter ausbauen. In der Erkenntnis, dass gesundheitliche Aspekte in allen Politikbereichen berücksichtigt werden müssen, streben wir über die traditionellen Ressortgrenzen hinweg eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Politikbereichen und Interessengruppen an.

Zentrale Herausforderungen und Sachfragen

Gesundheit ist ein grundlegendes Gut, das für das Wohlbefinden der Menschen in Europa von zentraler Bedeutung ist. Sie ist aber auch ein Schlüsselsektor für die Volkswirtschaften in der Europäischen Region, auf den insgesamt ca. 10% ihres Bruttoinlandsproduktes und auch ca. 10% ihrer Beschäftigten entfallen. Gesundheit ist eine treibende Kraft für mehr Innovation. Doch die Länder in allen Teilen der Europäischen Region stehen vor schwerwiegenden Herausforderungen, die Auswirkungen auf die Gesundheitssituation haben, etwa die Folgen der Globalisierung, die Bedrohung der Nachhaltigkeit unserer Gesundheitssysteme durch die Wirtschaftskrise, die demografischen und soziologischen Veränderungen, die Folgen des Klimawandels und die rapide technologische Entwicklung. Auch wenn Fachwissen, Evidenz und Erfahrung im Bereich Gesundheit, Bevölkerungsgesundheit und Gesundheitssysteme reichlich vorhanden sind, so geht ihre Umsetzung in die Praxis doch nach wie vor langsam und uneinheitlich voran.

Herausforderungen ergeben sich auch aus der Art unserer Zusammenarbeit. Ein Überblick über unsere bisherige Zusammenarbeit zeigt ein beträchtliches Maß an positivem Zusammenwirken in Bereichen wie der Europäischen Anti-Tabak-Strategie, der Europäischen Charta zur Bekämpfung der Adipositas oder bei den Anstrengungen im Bereich Umwelt und Gesundheit und bei der gemeinsamen Datenerhebung. Dennoch besteht vor allem im Hinblick auf unsere Zusammenarbeit auf Länderebene eindeutig Verbesserungsbedarf. Gleichzeitig kommt es in vielen Bereichen zu Überschneidungen und Doppelarbeit, etwa beim Daten- und Informationsaustausch und bei der Ausarbeitung von Leitlinien zu zentralen Gesundheitsfragen für die Mitgliedstaaten.

Durch unsere strategische Partnerschaft müssen die Komplementarität erhöht und neue Synergieeffekte erschlossen werden. Wir haben bereits eine Reihe von Schlüsselbereichen benannt, in denen eine erweiterte Zusammenarbeit den Bürgern und Ländern in der Region konkrete Vorteile bringen kann.

Innovation und Gesundheit

Gesundheit ist ein Politikbereich, der für Innovation offen ist. Er bietet kontinuierlich die Chance, wissenschaftliche Fortschritte in konkreten Nutzen für die Bürger und in Effizienzgewinne für die Gesundheitssysteme allgemein umzumünzen. Eine Zusammenarbeit in diesem Bereich der Gesundheitspolitik auf europäischer Ebene könnte einen Mehrwert in Bezug auf Innovation bedeuten und uns in die Lage versetzen, von konkreten Beispielen in anderen Teilen Europas zu lernen.

Es sollte darauf hingewiesen werden, dass Innovationen in einem Teil der Europäischen Region anderswo nicht so schnell und umfassend übernommen werden, wie dies möglich oder wünschenswert wäre. In diesem Zusammenhang benötigen die Länder mehr praktische Unterstützung beim Wissensaustausch in Gesundheitsfragen auf regionaler Ebene. Die Europäische Kommission und das WHO-Regionalbüro für Europa werden gemeinsam darauf hinarbeiten, die Unterstützung für die Länder wie auch deren Zusammenarbeit bei der Bestimmung, Evaluation und Anwendung von bewährten Praktiken und Innovationen zu verbessern. Dabei sollen vor allem Bereiche im Mittelpunkt stehen, in denen ein besonderer Mehrwert erzielt werden kann, z. B. eGesundheit, Pandemievorsorge und Forschungskooperationen. Wir werden auch die wissenschaftliche Forschung in der Europäischen Region dafür mobilisieren, gemeinsam die zentralen Forschungsprioritäten festzulegen, zu fördern und für sie zu werben – mit dem Ziel, die Spitzenposition der Europäischen Region in der Forschung zur Stärkung der Gesundheitsentwicklung zu erhalten.

Gesundheitssicherheit

Die Europäische Kommission und das Regionalbüro werden mit vereinten Kräften schrittweise die Entwicklung eines einheitlichen und effizienten Surveillance- und Warnsystems vorantreiben, in dem dieselben Falldefinitionen, Datenerhebungs- und -analysemethoden und Qualitätssicherungsverfahren verwendet werden. Um eine zügige und effiziente Reaktion in der gesamten Region zu ermöglichen, werden wir gemeinsam die Länder zur Mitarbeit an den Informationsforen, die sich speziell mit ausgewerteten epidemiologischen Informationen und Gegenmaßnahmen befassen, ermutigen und sie darin unterstützen. Wir werden alle Länder der Europäischen Region beim Ausbau ihrer Vorsorge- und Reaktionsmaßnahmen und -kapazitäten unterstützen; dies betrifft auch Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels. Die Europäische Kommission und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) werden zusammen mit dem Regionalbüro den Ländern der Europäischen Region bei der Bewertung und Verbesserung ihrer Reaktionssysteme sowie bei ihren Meldungen zu größeren gesundheitlich relevanten Ereignissen behilflich sein. Die Gefahr von antimikrobiellen Resistenzen und insbesondere von Multiresistenzen macht eine Verstärkung und bessere Abstimmung der Anstrengungen in der gesamten Europäischen Region und darüber hinaus notwendig.

Modernisierung und Verzahnung des öffentlichen Gesundheitssysteminformationssystems

Bei den gesundheitspolitischen Entscheidungsprozessen in der Europäischen Region spielen Information und Evidenz eine Schlüsselrolle. Ländervergleiche ergänzen die Anstrengungen eines Landes um eine einzigartige Dimension und haben sich bei der Bestimmung von Handlungsfeldern für die Gesundheitspolitik auf nationaler Ebene wie auch in der Europäischen Region insgesamt als sehr wirksam erwiesen. Dies erfordert gemeinsame Bemühungen zur Erstellung einer gemeinsamen Informations- und Evidenzgrundlage, mit der die Effizienz und Effektivität unserer Arbeit gleichermaßen gewährleistet werden.

Die Nutzer von Gesundheitsinformationen erwarten, dass die Antworten auf ihre Fragen über Gesundheit auf der Ebene der Region unabhängig von der Quelle in sich stimmig sind. Unterschiedliche Antworten auf dieselbe Frage schaden der Glaubwürdigkeit der Kommission wie auch der WHO. Durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Sammlung und Bereitstellung von Informationen verringert sich auch die Belastung für die Länder und wird eine optimale Nutzung begrenzter Ressourcen ermöglicht. Wir werden deshalb unsere Zusammenarbeit mit dem Ziel eines einheitlichen, integrierten Informationssystems für Gesundheit in der Europäischen Region intensivieren. Diese kann auf der bisherigen Zusammenarbeit

aufbauen und einen verstärkten Rückgriff auf gemeinsame Datenerfassung, gemeinsame Analyse von Gesundheitsfragen sowie die Gewinnung und Verbreitung von Fachwissen im Dienste der Gesundheitspolitik beinhalten.

Investitionen in die Gesundheit

Alle Länder der Europäischen Region stehen vor beträchtlichen Herausforderungen, zu denen der Anstieg der Gesundheitsausgaben infolge der Bevölkerungsalterung und des gestiegenen Pflegebedarfs, gesundheitsschädliche Verhaltensweisen und eine Zunahme chronischer Erkrankungen sowie der durch Innovationen in der Medizintechnik bedingte Kostenanstieg zählen. Darüber hinaus sind die Länder in der Region auch weiterhin von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise betroffen, die schwerwiegende und langfristige Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und damit auf die Fähigkeit der Länder zur Finanzierung ihrer Gesundheitspolitik haben wird.

So gilt es heute mehr denn je, die Mitgliedstaaten in ihrem Streben nach mehr Kosteneffizienz im Gesundheitsbereich zu unterstützen. Aus gegenwärtiger Sicht, aus der keine reelle Erhöhung der Ausgaben für Gesundheit erwartet werden kann, ist es unverzichtbar, Informationen über die kosteneffizientesten Verfahren und Technologien, aber auch über veraltete Verfahren zu gewinnen, zu bewerten und zu verbreiten und sie für Entscheidungsprozesse über Gesundheitsausgaben heranzuziehen, um Werte wie Solidarität, Universalität und Chancengleichheit beim Zugang zur Gesundheitsversorgung zu schützen.

Wir werden daher interessierte Länder darin unterstützen, die verfügbaren Ressourcen möglichst effizient zu nutzen und dabei die einschlägigen Erkenntnisse und bewährten Praktiken für den sparsamen Umgang mit Gesundheitsetats, die Maximierung der gesundheitlichen Ergebnisse gesundheitsbezogener und anderer Investitionen und die Kanalisierung der öffentlichen Ausgaben hin zu den wirksamsten und effizientesten Interventionen zu verbreiten. So möchten wir nicht nur zum Schutz der Gesundheit beitragen, sondern auch die Bürger und die Volkswirtschaften darauf vorbereiten und sie in die Lage versetzen, den wirtschaftlichen Aufschwung zu nutzen, wenn er eintritt.

Ungleichheiten im Gesundheitsbereich

Gesundheitliche Ungleichheiten bestehen sowohl zwischen den Ländern der Europäischen Region als auch innerhalb der Länder. Die Besorgnis über mögliche negative Auswirkungen auf wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Zusammenhalt ist ernst zu nehmen. Wir werden uns einen besseren Überblick über Ungleichheiten im Gesundheitsbereich verschaffen (u. a. durch mehr aufgeschlüsselte Daten), indem wir eine aktive Sensibilisierung betreiben, den Informations- und Wissensaustausch zwischen den Ländern der Region fördern und unterstützen, vorbildliche Praktiken benennen und propagieren und die Entwicklung maßgeschneiderter Konzepte für bestimmte Sachthemen erleichtern, die in den Ländern von Bedeutung sind. Wir werden auf entsprechenden Wunsch der Mitgliedstaaten auch die Fortschritte bei der Anwendung solcher Konzepte beobachten und bewerten.

Stärkung der Zusammenarbeit in Nichtmitgliedstaaten der EU

Wir sehen in der Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Delegationen in Drittstaaten und den dortigen Länderbüros der WHO ein erhebliches Potenzial und Chancen auf Synergieeffekte. Besondere Chancen bestehen dort, wo die Gesundheitspolitik ein Schwerpunkt der externen Politikbereiche der EU ist. Diese Politikbereiche und die dazu gehörigen Politikinstrumente werden in enger Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst

und den zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission sowie mit Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der bewährten Mechanismen umgesetzt. Eine solche Zusammenarbeit kann in einer Vielzahl von Bereichen erfolgen, u. a. durch Informationsaustausch, eine Bewertung des Gesundheitssektors, einen Grundsatzdialog mit den Gastländern, die Unterstützung der Abstimmung zwischen den Geldgebern und die Ermittlung von Kapazitäten und Unterstützungsbedarf. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es kein allgemein gültiges Konzept gibt und wir uns daran anpassen müssen, dass die einzelnen Länder und Regionen unterschiedliche Anforderungen, Kapazitäten und strategische Ziele haben.

Der weitere Weg

Wir werden uns um Vereinbarung konkreter Ziele und Prioritäten für unsere Zusammenarbeit in der Europäischen Region und um Festlegung klarer Fahrpläne für gemeinsame wie auch einander ergänzende Maßnahmen auf der Grundlage der jährlichen Arbeitsprogramme der beiden Organisationen bemühen und dabei die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beachten.

Diese Fahrpläne sollen in einem verbesserten Format unserer regelmäßig stattfindenden Treffen hoher Beamter, die stärker maßnahmen- und ergebnisorientiert gestaltet werden sollen, erörtert und ihre Einhaltung kontrolliert werden. Wir werden ein Informations- und Austauschprogramm entwickeln, um das Wissen und Verständnis unserer Mitarbeiter in Bezug auf Mandat, Aufgaben, Zuständigkeiten, Politik, Sachzwänge und Arbeitsweise der jeweils anderen Organisation zu verbessern.

Insbesondere soll in gegenseitiger Abstimmung auf eine wirksamere Zusammenarbeit mit dem Ziel der Entwicklung, Unterstützung und Ergänzung der europäischen Gesundheitspolitik hingewirkt werden, die in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten entwickelt werden soll. Wir werden im Sinne des Konzeptes „Gesundheit in allen Politikbereichen“ auch mit anderen Politikbereichen zusammenarbeiten. Auch auf der Ebene der Länder wird eine Verbesserung unserer Zusammenarbeit angestrebt. Wir werden auf engere Kontakte zwischen unseren Vertretungen in den Ländern hinarbeiten, indem wir Informationen austauschen und gemeinsam die Zweckdienlichkeit und Qualität der Bewertungen im Gesundheitsbereich verbessern und indem wir gezielte Überzeugungsarbeit leisten und Empfehlungen an die Länder aussprechen.

Im Einklang mit unserem gemeinsamen Bekenntnis zu vollständiger Transparenz und Rechenschaftsablage beabsichtigen wir, unsere Zusammenarbeit einer operativen und strategischen Kontrolle zu unterziehen. Dabei werden wir – gemeinsam anstatt einzeln und parallel zueinander – Erfolge und Misserfolge gezielt analysieren und uns auf gemeinsame Schlüsselindikatoren für den Nachweis des Mehrwerts unserer gemeinsamen Arbeit einigen. Die Ergebnisse unserer gemeinsamen gesundheitspolitischen Maßnahmen werden 2013 und dann nochmals 2015 einer Evaluation unterzogen.